

Frack die EU!

Washington, der gefrorene Krieg gegen Russland

von Diana Johnstone

Seit über einem Jahr spielen die Vereinigten Staaten ein Szenario aus, entworfen um (1) Europa wieder unter US-Kontrolle zu bringen durch die Blockade des EU-Handel mit Russland, (2) Russland in den Konkurs zu treiben und (3) Wladimir Putin loszuwerden, und ersetzen ihn mit einer amerikanischen Marionette, wie dem verstorbenen Alkoholiker Boris Jelzin, zu ersetzen.

Die letzten Tage haben kristallklar die Perfidie der wirtschaftlichen Seite dieses Krieges der USA gegen Russland gezeigt.

Alles begann beim wichtigen hochrangigen internationalen Treffen zur ukrainischen Zukunft in Jalta in September 2013. Ein großes Thema war die Schiefergasrevolution, welche die Vereinigten Staaten verwenden wollten, um Russland zu schwächen. Der ehemalige US-Energieminister Bill Richardson war dort um den Grundton zu erzeugen, welchem von Bill und Hillary Clinton applaudierend zugestimmt wurde. Washington hoffte, seine Frackingtechnologien zu verwenden, um alternative Quellen für Erdgas zu liefern und Russland aus dem Markt zu drängen. Dies lief darauf hinaus, Europa eine Katze im Sack zu verkaufen.

Aber dieser Trick konnte nicht unter Berufung auf den heiligen "Markt" durchgeführt werden, da Fracking teurer ist als die russischen Gasförderung. Eine große Krise war erforderlich, um den Markt durch politischen Druck zu verzerren. Durch den Staatsstreich 22. Februar, von Victoria Nuland gesteuert, übernahmen die Vereinigten Staaten effektiv die Kontrolle über die Ukraine, und installierten ihren Agent "Yats" (Arsenij Jazenjuk), welcher sich für einen NATO-Beitritt aussprach. Diese direkte Bedrohung für Russlands Marinestützpunkt auf der Krim führte zu der Volksabstimmung, die friedlich die historisch russische Halbinsel nach Russland zurückführte. Aber der US-geführten Chor verurteilte die ordnungsgemäße Rückkehr der Krim als "russische militärische Aggression". Diese defensive Maßnahme wird von der NATO als Beweis für Putins Absicht dargestellt, die europäischen Nachbarn Russlands ohne Grund angreifen zu wollen.

In der Zwischenzeit hat die wirtschaftliche Invasion der Vereinigten Staaten weitgehend unbemerkt stattgefunden.

Die Ukraine hat einige der größten Schiefergasvorkommen in Europa. Wie andere Europäer hatten die Ukrainer gegen die schädlichen Umwelteinflüsse des Frackings auf ihrem Land demonstriert, aber im Gegensatz zu einigen anderen Ländern hat die Ukraine keine diesbezügliche restriktive Gesetzgebung. Chevron ist bereits dabei, sich zu engagieren.

Seit vergangenem Mai ist R. Hunter Biden, Sohn des US-Vizepräsidenten, im Vorstand der Burisma Holdings, dem größten privaten Erdgasproduzenten der Ukraine. Der junge Biden ist verantwortlich für die rechtliche Einheit der Holding und wird zu ihrer " internationale Expansion" beitragen.

Die Ukraine hat fruchtbaren Boden sowie Schieferölreserven. So ist der US-Agrarindustrie-Riese Cargill in der Ukraine besonders aktiv und investiert in Getreidesilos, Tierfutter, einen großen Eierproduzenten und das Agrarunternehmen „UkrLandFarming“ sowie den

Schwarzmeerhafen Noworossiysk. Dem sehr aktiven „US-Ukraine Geschäftsverband“ gehören Führungskräfte der Monsanto, John Deere, Landwirtschaftsgerätehersteller CNH Industrial, Pioneer sowie Eli Lilly & Company an. Monsanto plant, ein \$ 140.000.000 "Nicht-GVO-Mais-Saatgut-Anlage" in der Ukraine zu bauen, offenbar gezielt für den Gentechnik ablehnenden europäischen Markt. Es war in ihrer Rede bei einem Chevron-gesponserten Treffen des „US-Ukraine Geschäftsverbandes“ vor einem Jahr, als Victoria Nuland die fünf Milliarden Dollar aus den USA erwähnte, die in den letzten zwanzig Jahren verwendet wurden, um die Ukraine für den amerikanischen Weg zu gewinnen.

Am 2. Dezember vereidigte Staatspräsident Poroschenko drei Ausländer als Kabinettsminister: eine amerikanische, eine litauische und einem georgischen. Er gewährte ihnen die ukrainischen Staatsbürgerschaft ein paar Minuten vor der Zeremonie.

Die USA-geborene Natalie Jaresko ist neue Finanzministerin der Ukraine. Mit ukrainischer Herkunft und Studium an der Harvard und der DePaul-Universität, ging Jaresko vom amerikanischen State Department nach Kiew, als die Ukraine die Unabhängigkeit von der Sowjetunion erlangte, um die Wirtschaftsabteilung der neu eröffneten US-Botschaft zu leiten. Drei Jahre später verließ sie die US-Botschaft, um die Leitung des von der US-Regierung finanzierten Western NIS Enterprise Fund zu übernehmen. Im Jahr 2004 gründete sie ihren eigenen Equity Fund. Als ein Unterstützer der Orangen Revolution 2004 diente sie dem "Orangen" Sieger Präsident Viktor Juschtschenko als Beraterin für ausländische Investitionen.

Der litauische Investmentbanker Aivaras Abromavicius ist der neue Wirtschaftsminister, welcher die staatlichen Wirtschaftspolitik deutlich unter Einfluss der USA, oder besser gesagt deren Kontrolle stellt.

Der neue Gesundheitsminister, Aleksandr Kvitashvili aus Georgia, ist US-ausgebildet und spricht nicht mal ukrainisch. Er diente sich als Gesundheitsminister in seiner Heimat Georgien, als die US-Marionette Saakaschwili Präsident war.

Der amerikanische Zugriff auf die ukrainische Wirtschaft ist nun abgeschlossen. Die Bühne ist bereitet, um Fracking beginnen, und vielleicht Hunter Biden in den neuesten Oligarchen der Ukraine zu verwandeln.

Niemand erwähnt es, aber das umstrittene Handelsabkommen zwischen der EU und der Ukraine, dessen Verschiebung die Maidan-Protteste auslöste, welche zum US-gesteuerten Staatsstreich am 22. Februar führten, entfernt alle Handelshemmnissen, die eine zollfreie Einfuhr der von US-Unternehmen produzierten landwirtschaftlichen Exporte der Ukraine in EU-Länder behindern. Die ukrainische Regierung ist hoch verschuldet, aber das wird nicht verhindern, dass amerikanische Unternehmen riesige Gewinne in diesem von Niedriglöhnen geprägten, regulierungsfreien und fruchtbaren Land machen werden. Europäische Getreideproduzenten, wie z.B. Frankreich, können sich durch diese Billigkonkurrenz schwer beschädigt wiederfinden.

Der Angriff der russophoben Kiewer Regierung auf die südöstliche Ukraine tötete den Industriesektor des Landes, dessen Märkte in Russland lagen. Aber den Kiewer Herrschern aus der Westukraine ist das egal. Der Tod der alten Industrie kann helfen, die Löhne niedrig und die Gewinne hoch zu halten.

Gerade als die Amerikaner entschlossen die Kontrolle der ukrainischen Wirtschaft übernahmen, verkündete Putin die Absage des Gaspipeline South Stream-Projekts. Das Geschäft wurde im Jahr 2007 zwischen Gazprom und dem italienischen Petrochemie-Unternehmen ENI unterzeichnet, um die russischen Gaslieferungen in den Balkan, Österreich und Italien unter Umgehung der Ukraine zu gewährleisten, deren Unzuverlässigkeit als Transitland von wiederholter Nichtzahlung von Rechnungen oder Abzweigung von für Europa bestimmten Gas für den eigenen Gebrauch bewiesen wurde. Auch die deutsche Wintershall und die Französisch EDF investierten in South Stream.

In den letzten Monaten begann US-Vertreter, Druck auf die an South Stream beteiligten europäischen Ländern auszuüben, um das Geschäft rückgängig zu machen. South Stream ist ein potentieller Lebensretter für Serbien, immer noch verarmt durch das NATO-Bombardements und die notverkauften privatisierten Branchen an ausländische Käufer. Abgesehen von dringend benötigten Arbeitsplätzen und Energiesicherheit, hätte Serbien 500 Millionen Euro an Jahrestransitgebühren verdienen können. Belgrad widersetzte sich Warnungen, dass Serbien den Kurs der EU-Außenpolitik gegenüber Russland beibehalten muss, um seinen Status als Kandidat für den EU-Beitritt zu behalten.

Die Schwachstelle war Bulgarien, für vergleichbare Leistungen als Landepunkt der Rohrleitung vorgesehen. US-Botschafter in Sofia Marcie Ries warnte bulgarische Geschäftsleute, dass sie durch das Geschäft mit russischen Unternehmen sanktioniert werden könnten. Der scheidende Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso aus Portugal, der zu den "Maoisten" gehörte, als „Maoismus“ die Tarnung der Opposition gegen die von der Sowjetunion unterstützten Befreiungsbewegungen in afrikanischen Kolonien Portugals war, bedrohte Bulgarien mit EU-Verfahren wegen Unregelmäßigkeiten bei der South-Stream-Verträgen. Dies bezieht sich auf zu späterem Zeitpunkt beschlossene EU-Regeln über die Trennung von Gasproduktion und –transport. Kurz gesagt, die EU versuchte, ihre eigenen Regeln rückwirkend auf einen, mit einem Drittland unterzeichneten Vertrag anzuwenden.

Schließlich flog John McCain nach Sofia um den bulgarischen Premierminister, Plamen Oreschanski, einzuschüchtern, sich aus dem Geschäft zurückzuziehen, so dass sich die South Stream Pipeline im Schwarzen Meer ohne Eintrittspunkt auf dem Balkan wiederfand.

Das ist alles sehr lustig, wenn man bedenkt, dass ein Lieblingsthema der aktuellen US-Kriegspropaganda gegen Russland der Einsatz von Gazprom als schändliche politische Waffe Putins ist, um Europa in die Knie zu zwingen.

Der einzige Beweis dafür ist, dass Russland wiederholt die Ukraine aufgefordert hat, ihre lange überfälligen Gasrechnungen zu bezahlen. Vergeblich.

Die Stornierung der South Stream ist ein verspäteter Schlag gegen Serbien durch die NATO. Der serbischen Ministerpräsidenten Aleksandar Vucic beklagt den Verlust von South Stream und stellt fest: "Wir zahlen den Preis von einem Konflikt zwischen Großmächten".

Auch die italienischen Partnern des Deals sind sehr unglücklich über die großen Verluste. Aber EU- Beamte und Medien geben, wie üblich, Putin die Schuld.

Vielleicht, wenn man immer wieder beleidigt wird und sich nicht willkommen fühlt, geht man einfach. Putin nahm das Gaspipeline-Projekt mit in die Türkei und verkaufte es an den

türkischen Ministerpräsidenten Recep Erdogan. Das sieht aus wie ein gutes Geschäft für Russland und die Türkei, aber die ganze Angelegenheit bleibt bedrohlich.

Russisches Öl als Zwangsmittel? Wenn Putin Gazprom nutzen könnte, um Erdogan dazu zu bringen seine Politik zu Syrien und seine Entschlossenheit, Bachar al-Assad zu stürzen, zu ändern, um die islamischen Staat Fanatiker zu besiegen, wäre das ein ausgezeichnetes Ergebnis. Aber bisher gibt es keine Anzeichen für eine solche Entwicklung.

Der Wechsel vom Balkan in die Türkei vertieft die Kluft zwischen Russland und Westeuropa, die auf lange Sicht schädlich für beide ist. Aber es schärft auch gleichzeitig die wirtschaftliche Ungleichheit zwischen Nord- und Südeuropa. Deutschland bekommt immer noch die Gaslieferungen aus Russland, vor allem aus Gerhard Schröders Co-Projekt mit Putin, Nord Stream. Aber südeuropäischen Ländern, die sich bereits in einer tiefen Krise weitgehend verursacht durch den Euro befinden, bleiben draußen in der Kälte. Diese Wendung der Ereignisse könnte zur politischen Revolte, die in diesen Ländern wächst, beitragen.

Als sich Stimmen in Italien erhoben, dass anti-russischen Sanktionen nur Europa weh tun, nicht aber den Vereinigten Staaten, konnte Europäer Trost in freundlichen Worte des Friedensnobelpreisträgers im Weißen Haus finden, der die Europäische Union dafür lobte, das Richtige zu tun, auch wenn es "hart auf die europäische Wirtschaft" ist.

In einer Rede vor führenden CEOs am 3. Dezember, sagte Obama, die Sanktionen sollen Putins "Denkweise" ändern, aber er glaube nicht, dass dies gelingen würde. Er wartet darauf, dass "die Politik in Russland", "begreift, was in der Wirtschaft geschieht, und deshalb werden wir weiterhin den Druck aufrecht erhalten" Das ist eine andere Art zu sagen, dass man, indem man Europa zwingt Sanktionen zu erlassen dem russischen Erdgas den Markt stiehlt, während gleichzeitig Washingtons bigotte Handlanger in Saudi-Arabien den Markt überschwemmen, um den Ölpreis zu drücken und damit das russische Volk dazu bringen will, Putin loszuwerden. Kurzum, Regimewechsel.

Am 4. Dezember enthüllte US-Repräsentantenhaus offiziell das US-Motiv hinter diesem Chaos, indem sie das, was sicherlich der schlechteste Stück der Gesetzgebung in der Geschichte überhaupt ist, annahm: Resolution 758. Die Resolution ist ein Kompendium aller gegen Wladimir Putin und Russland verlautbarten Lügen des vergangenen Jahres. Noch nie wurden so viele Lügen in einer einzigen Urkunde dieser Länge verpackt. Und doch wurde diese Kriegspropaganda mit den Stimmen von 411 zu 10 angenommen. Wenn, trotz dieser Aufforderung zum Krieg zwischen zwei Atommächte, es noch Historiker in der Zukunft gibt, müssen sie diese Entschließung als Beweis für den Totalausfall der Intelligenz, der Ehrlichkeit und Verantwortungsbewusstsein des politischen Systems beurteilen, dass Washington versucht, auf der ganzen Welt aufzuzwingen.

Ron Paul hat eine hervorragende Analyse dieses beschämenden Dokumentes geschrieben.

<http://www.ronpaulinstitute.org/archives/featured-articles/2014/December/04/reckless-congress-declares-war-on-russia/> und <http://original.antiwar.com/paul/2014/12/05/reckless-congress-declares-war-on-russia/#.VILpR1Ost4I.gmail>

Was auch immer man von der Innenpolitik Ron Paul's denken kann, in internationale Angelegenheiten er steht als einzelne - sehr einsame - Stimme der Vernunft da. (Ja, es gab auch Dennis Kucinich, aber den wurden sie los, indem sie seinen Wahlbezirk verschwinden ließen.)

Nach einer langen Liste von "in Erwägung nachstehender Gründe" Lügen, Beleidigungen und Drohungen, erhalten wir die krasse kommerzielle Seite dieser gefährlichen Kampagne. Das Haus fordert die europäischen Länder auf, die Fähigkeit der Russischen Föderation zu reduzieren, seine Energieversorgung als Mittel zur Anwendung politischen und wirtschaftlichen Drucks auf andere Länder einzusetzen, unter anderem durch die Förderung der Verwendung von Erdgas und anderen Energieexporte aus den USA und anderen Ländern "und" fordert den Präsidenten auf, die Zustimmung des Energieministeriums zu Exporten von verflüssigtem Erdgas in die Ukraine und andere europäischen Ländern zu beschleunigen".

Der Kongress ist bereit einen Atomkrieg zu riskieren und sogar zu fördern, aber im Grunde geht es darum, den russischen Erdgasmarkt durch das zu zerstören, was bisher ein Bluff ist: Schiefergas durch US Fracking.

### **Schlimmer als Kalter Krieg**

Die Neokonservativen, die Amerikas ahnungslose Politiker manipulieren, haben uns nicht in einem neuen Kalten Krieg geführt. Es ist noch viel schlimmer. Die lange Rivalität mit der Sowjetunion war ein „Kalter Krieg“, weil jede Seite wußte, dass es zur vollständigen gegenseitigen Zerstörung kommen würde im Falle eines „Heißen Krieges“ mit Atomwaffen.

Dieses Mal, denken die Vereinigten Staaten sie hätten ja den Kalte Krieg bereits einmal gewonnen und scheinen betrunken vor Selbstbewusstsein zu sein, dass sie ihn nochmals gewinnen können. Die USA entwickeln ihr Atomwaffenarsenal weiter und bauen einen "nuklearen Schirm" an der russischen Grenze, dessen einziger Zweck sein kann, den Vereinigten Staaten Erstschlagskapazität zu geben - die Fähigkeit, jede russische Vergeltung gegen einen US-Atomangriff abzufangen. Das kann nicht funktionieren, aber es schwächt die Abschreckung.

Die Gefahr eines Krieges zwischen den beiden Atommächten ist zurzeit viel größer als während des Kalten Krieges. Wir sind jetzt in einer Art eingefrorenem Krieg, denn die Russen nichts sagen oder tun hat irgendeine Wirkung. Die Neokonservativen, welche die US-Politik hinter den Kulissen steuern, haben eine völlig fiktive Geschichte über die russische "Aggression" erfunden, welche der Präsident der Vereinigten Staaten, die Massenmedien und nun der Kongress akzeptiert und gebilligt hat. Russische Führer haben mit Ehrlichkeit, Wahrheit und Vernunft reagiert und blieben ruhig, trotz der Schmähungen, denen sie ausgesetzt waren. Es hat nichts geholfen. Die Positionen sind eingefroren. Wenn Vernunft verliert, folgt Gewalt. Früher oder später.

Diana Johnstone ist der Autor von Fools 'Crusade: Jugoslawien, der NATO und West Delusions. Ihr neues Buch, Queen of Chaos: die Außenpolitik von Hillary Clinton, wird von

Counterpunch im Jahr 2015 veröffentlicht werden kann sie bei [diana.johnstone@wanadoo.fr](mailto:diana.johnstone@wanadoo.fr) erreichbar